

ANTRAG des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 25. Juni 2026

05. Juni 2026

Unternehmerinnen stärken – Vereinbarkeit von Unternehmertum und Mutterschaft verbessern

Unternehmerinnen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftsstandort Österreich. Gerade Ein-Personen-Unternehmen, Klein- und Familienbetriebe stehen jedoch im Falle einer Schwangerschaft häufig vor besonderen Herausforderungen. Anders als unselbständig Beschäftigte können viele Unternehmerinnen ihre Tätigkeit nicht einfach unterbrechen, ohne wirtschaftliche Nachteile oder Risiken für den Fortbestand des Betriebes in Kauf nehmen zu müssen.

Das bestehende System des Wochengeldes für Selbständige ist derzeit mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden. Gleichzeitig fallen trotz Wochengeldbezugs weiterhin Sozialversicherungsbeiträge an, sofern der Betrieb nicht ruhend gemeldet wird. Besonders bei Personen- und Kapitalgesellschaften ist eine Ruhendmeldung in der Praxis oftmals gar nicht möglich, da die operative Tätigkeit des Unternehmens weiterlaufen muss.

Mit der vorgeschlagenen Reform des Wochengeldes für Selbständige soll die Vereinbarkeit von Unternehmertum und Mutterschaft verbessert, bürokratische Hürden reduziert und ein finanzieller Ausgleich für jene Unternehmerinnen geschaffen werden, die ihren Betrieb während des Wochengeldbezugs weiterführen.

Verbesserungen und offene Punkte der Reform

Die vorgeschlagene Reform bringt wesentliche Verbesserungen für selbständige Unternehmerinnen rund um Schwangerschaft und Mutterschutz. Künftig soll ein Betriebszuschuss in Höhe von 550 Euro eingeführt werden, der gemeinsam mit der letzten Wochengeldzahlung ausbezahlt wird. Anspruch darauf haben Unternehmerinnen, die bereits mindestens 40 Wochen vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin durchgehend pflichtversichert waren, während des gesamten Wochengeldbezugs weiterhin versichert bleiben und den Betrieb nicht ruhend melden.

Der Zuschuss soll insbesondere jene Unternehmerinnen entlasten, die ihren Betrieb während des Mutterschutzes weiterführen müssen und daher weiterhin laufende Sozialversicherungsbeiträge tragen.

Darüber hinaus soll die Beantragung und Auszahlung des Wochengeldes künftig deutlich unbürokratischer ausgestaltet werden. Vorgesehen sind eine monatliche Auszahlung statt mehrerer Teilbeträge, nur mehr ein Antrag für den gesamten Zeitraum sowie die Möglichkeit, den Einsatz einer Ersatzkraft bereits im Vorhinein zu bestätigen. Dadurch werden der administrative Aufwand reduziert und die finanzielle Planbarkeit verbessert.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen für eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmerinnen während Schwangerschaft und Mutterschutz einzusetzen, das bedeutet insbesondere :

- die Umsetzung eines unbürokratischen und praxistauglichen Wochengeldsystems für Selbständige,
- die Einführung und langfristige Absicherung des Betriebszuschusses für Unternehmerinnen, die ihren Betrieb während des Wochengeldbezugs aufrechterhalten,
- die Reduktion administrativer Hürden durch vereinfachte Antrags- und Auszahlungsmodalitäten,

sowie

- eine laufende Evaluierung der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere der verlängerten Vorversicherungszeiten, im Hinblick auf Praxistauglichkeit und Verhältnismäßigkeit,
- sowie weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie in Österreich.



Andreas Wirth
Präsident, WK Burgenland



Doris Hummer
Präsidentin, WK OÖ



Barbara Thaler
Präsidentin WK Tirol